## 20 Jahre nach Maastricht: Die Europäische Krise und der Strukturwandel der Weltwirtschaft

**Veranstalter:** Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V.
**Datum, Ort:** 15.03.2012-15.03.2012, München
**Bericht von:** Ute Engelen, Institut für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz e.V.

Eines aktuellen und kontrovers diskutierten Themas nahm sich die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V. (GUG) in ihrer 35. Öffentlichen Vortragsveranstaltung am 15. März 2012 im Truck Forum der MAN SE in München an. Im Zentrum der Konferenz standen die wirtschaftlichen Konsequenzen des Vertrags von Maastricht über die Europäische Union vom 7. Februar 1992, insbesondere die gegenwärtige Lage der Europäischen Währungsunion und Ansätze zur Behebung der ökonomischen Probleme.

Als Gastgeber eröffnete JÖRG SCHWITALLA, Chief Human Resources Officer der MAN SE, die Veranstaltung und erläuterte die langjährige Bedeutung der MAN SE für den weltweiten Warentransport. Für das Unternehmen bleibe jedoch der Standort Europa essentiell. Der stellvertretende Vorsitzende der GUG, THOMAS BIRTEL, führte aus, dass die GUG bereits vor drei Jahren beschlossen habe, zum Jubiläum des Vertrags von Maastricht eine Tagung über die Zukunftsfähigkeit des europäischen Standorts durchzuführen. Durch die jüngsten Ereignisse sei der Gegenstand geradezu ins Zentrum des aktuellen Interesses gerückt.

Im ersten Vortrag betonte KARL-HEINZ PAQUÉ (Magdeburg), in Europa habe in den letzten 20 Jahren eine Illusion über die Konvergenz der europäischen Länder in Bezug auf das Pro-Kopf-Einkommen vorgeherrscht. Aufgrund dieser Wachstumserwartung hätten sich in einigen Ländern wie Spanien, Griechenland, Polen und Italien die Vermögenswerte zunehmend vom realen Wert der Güter entfernt. Diese Blase sei im Gefolge der Weltfinanzkrise geplatzt. Seitdem gingen in diesen Ländern die zuvor stark angestiegenen Lohnstückkosten wieder zurück. Paqué prognostizierte, langfristig würden die europäischen Staaten ökonomisch nicht konvergieren, da es vielen Ländern an Innovationskraft mangele. Daher sei eine Abwanderung von Fachkräften in wirtschaftlich gesündere Länder zu erwarten. Zur Behebung der wirtschaftlichen Strukturprobleme regte Paqué eine Reformagenda unter anderem mit einer Verringerung und Flexibilisierung der Löhne an. Notwendig sei außerdem eine Stärkung der Innovationskraft, zum Beispiel durch eine Förderung von technischen Universitäten durch die EU.

Auch MICHAEL HÜTHER (Köln), Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln e.V., unterstrich, die Währungsunion sei als Katalysator der Integration durch wirtschaftliches Wachstum gescheitert. Stattdessen hätten die Länder ökonomisch divergiert und viele Staaten hätten im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts immer mehr Schulden aufgenommen. Hüther machte drei „Illusionen" für die aktuelle Situation der Währungsunion verantwortlich: Man sei davon ausgegangen, die Kapitalmärkte würden finanzpolitisches Fehlverhalten zeitnah sanktionieren, Staatsanleihen seien als „kreditrisikofreie Liquidität" betrachtet worden und das Risiko der konsumtiven Verwendung der Beitrittsrendite sei außer Acht gelassen worden. Die von den beteiligten Staaten vorgesehenen Kontrollmaßnahmen der Staatsverschuldung hätten sich als ineffektiv erwiesen. Künftig müsse eine solide Haushaltspolitik die Stabilität des Euro gewährleisten. Als weiteren Weg aus der Krise verwies Hüther auf die Folgen der Kohlekrise in Belgien, der man in der Montanunion durch eine befristete Herausnahme aus der Preisbindung sowie eine Anpassungsförderung erfolgreich begegnet sei. Hüther riet einen finanziellen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft an, selbst wenn dies Proteste hervorrufe; nur so könne die Verschuldung reduziert werden. Schärfere Regeln für den Finanzmarkt wie die einzelnen Staaten seien vonnöten. Ein Ausschluss Griechenlands oder eine Rückkehr zur DM bringe höhere Kosten mit sich als die von ihm vorgeschlagene Restrukturierungspolitik in der Eurozone. Die Etablierung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und Rekapitalisierung seien richtige Schritte, aber auch Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

-nehmern, wie mit dem „Akkoord van Wassenaar“ (1982) geschehen, erschienen notwendig.

In einem umfassenden Kommentar erinnerte RENATE OHR (Göttingen) an zwei Manifeste aus der Professorenschaft gegen eine überstürzte Einführung der Währungsunion und des Euros in den Jahren 1992 und 1998. Insbesondere sei auf die Gefahr der Divergenz und finanzpolitischer Verstöße hingewiesen worden, die nun eingetreten seien und die EU destabilisierten. Da einzelne Euro-Länder ihre Währung nicht mehr zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit abwerten könnten, müsse der Markt mithilfe von Risikoprämien Verstöße gegen den Stabilitätspakt sanktionieren. Dies sei im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts nicht der Fall gewesen, dieser Mechanismus sei aber in den letzten Jahren wieder zur Geltung gekommen und werde Druck auf die Politiker ausüben. Sanktionen durch die anderen Mitgliedsstaaten, die „potentielle Sünder“ seien, erschienen unwahrscheinlich. Für Griechenland gebe es zwei Wege: Erstens den Verbleib in der Währungsunion und einen für die Bevölkerung sehr harten Sparkurs zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und Sanierung des Staatshaushalts. Stattdessen plädierte Ohr dafür, dass Griechenland den Euro aufgäbe und seine eigene Währung abwertete. Dies sei ein „Ende mit Schrecken“ anstatt eines „Schreckens ohne Ende“. Durch die überschießende Reaktion des Wechselkurses werde die Basis für einen Wiederaufschwung Griechenlands gelegt. Der Euro werde am Austritt des Landes aus der Währungsunion nicht scheitern. Die europäische Integration, die nicht vom Euro abhänge, benötige mehr Zeit.

Auf die Vorstellung dieser teilweise gegensätzlichen Positionen folgte eine Podiumsdiskussion, die von HOLGER STELTZNER, Herausgeber der FAZ, moderiert wurde. An der Runde nahmen neben den Referenten auch FRIEDRICH VON METZLER, persönlich haftender Gesellschafter der B. Metzler seel. Sohn & Co. KGaA und Vorstand der B. Metzler seel. Sohn & Co. Holding AG, Jörg Schwitalla (MAN SE) sowie der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats der GUG, WERNER PLUMPE (Frankfurt am Main), teil. Die Beteiligten waren der Ansicht, dass die Politik handeln müsse. So wurden schärfere Sanktions- und Kontrollmechanismen gefordert. Von Metzler und Ohr sahen unterschiedliche Risikoprämien je nach Staatsverschuldung als notwendig an. Paqué zog allerdings in Zweifel, dass der Markt in der Lage sei, die Staatsverschuldung unverzüglich zu sanktionieren. Einigkeit bestand darüber, dass Griechenland nicht zwangsweise aus der Währungsunion ausgeschlossen werden könne.

Friedrich von Metzler betonte, die Einführung des Euro habe das Ausmaß und die Problematik der Staatsverschuldung in Europa gezeigt, aber nicht verursacht. Eine harte Währung wie der Euro zwinge die Industrie, weltweit wettbewerbsfähig zu werden, und gebe den Politikern Rückendeckung für Sparmaßnahmen. Ein Börsenzwang für Kreditausfallversicherungen könne im Vergleich zu 2008 größere Transparenz schaffen. Von Metzler kritisierte, der europäische Strukturfonds fördere den kurzfristigen Konsum anstatt nachhaltiger Veränderungen.

Werner Plumpe hob hervor, die Europäische Union sei zuallererst nicht ein wirtschaftliches, sondern ein politisches Projekt. Die Wirtschaftsunion lasse nicht unbedingt eine Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen in den Länder erwarten. Dies unterstrich auch Paqué. So bestünden innerhalb von Italien und Deutschland deutliche Unterschiede fort, und für die EU seien die ökonomischen Schwierigkeiten großer Länder wie Italien gravierender als die von Griechenland.

Hüther bezeichnete den ESM und Finanzpakt als „geringsten Preis“ und verwies auf die derzeit schwierige Lage für die Politiker in den betroffenen Ländern. Ein Missbrauch des Rettungsschirms sei nicht zu erwarten. Plumpe und von Metzler kritisierten, die EZB riskiere eine Zunahme der Inflation, obwohl die EU doch für eine internationale Wettbewerbsfähigkeit eine starke Währung benötige.

Auf die Frage, ob Griechenland seine Arbeitskosten wie gefordert um 31 Prozent senken könne, erklärte Paqué, die Sparmöglichkeiten würden häufig unterschätzt. Demgegenüber verwies Ohr darauf, dass die Abwertung einer griechischen Währung viel schneller vonstattengehen werde als eine Abwertung über die Lohn- und Preispolitik. Hüther

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

wies auf die Gefahr hin, dass Griechenland nach einem Verlassen der Eurozone kaum Zugang zu Krediten erhalten werde. Paqué sah eine Aufgabe des Euros nicht als umsetzbar an. Von Metzler und Schwitalla sprachen sich für „Hilfe zur Selbsthilfe“ aus. Unter anderem könnten qualifizierte junge Griechen in Deutschland beschäftigt werden. Bereits jetzt stelle MAN beispielsweise Ingenieure aus Spanien ein.

Auf Steltzners Vergleich der Eurozone mit den USA führte Paqué aus, dass die US-amerikanischen Bundesstaaten im Falle einer Insolvenz nicht füreinander verantwortlich seien (*no bailout*). Eine Partizipation der Bürger an Finanzentscheidungen wie in Kalifornien wurde aber nicht als Lösung der finanziellen Schwierigkeiten angesehen. Allerdings betonte Plumpe, dass der währungspolitische Ausnahmezustand seit 2008, der sich in dem Übergang von einem Rechts- zum Maßnahmenstaat niederschlage, in demokratischer Hinsicht problematisch sei.

Holger Steltzner resümierte, dass sich nach einer zeitweiligen Zurückhaltung sowohl Unternehmen als auch Experten zunehmend kritischer zur Eurozone äußerten. In Hinblick auf die sich wandelnden Strukturen der Weltwirtschaft wies Steltzner darauf hin, dass zukünftig in Asien ein starkes Wirtschaftswachstum und, abgesehen von Japan, eine Zunahme der Bevölkerung zu erwarten sei. Daraus ergäben sich zwei Fragen: Müsse sich Europa mit geringeren wirtschaftlichen Erfolgen zufrieden geben? Und wenn nein, wie könne Europa wieder eine dynamische Wachstumsregion werden? Renate Ohr gab zu bedenken, dass die Folgen der zurückgehenden Bevölkerung durch Zuwanderung behoben werden könnten. Auch gebe es keinen Grund, warum Indien oder China nicht in wirtschaftlicher Hinsicht mit Europa gleichziehen oder es überholen dürften.

Zusammenfassend bewerteten die Diskutanten die deutsche Industrie als stark. Sie waren sich einig, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine Divergenz der Euroländer zu erwarten sei und die wirtschaftlichen Probleme vieler Staaten, insbesondere in Süd- und Mitteleuropa, systematisch angegangen werden müssten.

**Konferenzübersicht:**

*Begrüßung und Eröffnung der Veranstaltung*

Joerg Schwitalla, Chief Human Resources Officer der MAN SE

Thomas Birtel, stellvertr. Vorsitzender des Vorstands der GUG e.V.

*Vorträge*

*Der Abschied von Illusionen: Europas langer Weg in die Globalisierung*

Karl-Heinz Paqué, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

*Finanzpolitische Zeitenwende und nachholendes Ernstnehmen der Währungsunion*

Michael Hüther, Direktor und Mitglied des Präsidiums, Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

*Kommentar*

Renate Ohr, Georg-August-Universität Göttingen

*Podiumsdiskussion*

*Moderation:*

Holger Steltzner, Herausgeber Frankfurter Allgemeine Zeitung

*Teilnehmer:*

Michael Hüther, Direktor und Mitglied des Präsidiums, Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Friedrich von Metzler, B. Metzler seel. Sohn & Co., Frankfurt am Main

Renate Ohr, Georg-August-Universität Göttingen

Karl-Heinz Paqué, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Werner-Plumpe, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Joerg Schwitalla, Chief Human Resources Officer der MAN SE

Tagungsbericht *20 Jahre nach Maastricht: Die Europäische Krise und der Strukturwandel der Weltwirtschaft*. 15.03.2012-15.03.2012, München, in: H-Soz-u-Kult 10.05.2012.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.